

Über unterschiedliche Wahrnehmungen des politischen Zeitgeschehens

Anmerkungen zu
Josef Beuys, die Ökolibertären und die Grünen

von

Tristan Abromeit

www.tristan-abromeit.de

Text 113.1

Die Auslöser meines Grübelns, das mich an den PC trieb:

Eine Rezension von Johanna di Blasi über das Buch „Beuys“ von H. P. Riegel und ein Interview der Zeitschrift *espero* mit Christoph Braunschweig, Prof. für Ökonomie.

17. Mai 2013

Anhang und Ergänzungen

Text 113.2 Anhang zum Text 113.1

- A) Einigkeit und Grün und Freiheit / Ökolibertäre Grüne Gründungserklärung / 26. 2. 1984
- B) Anmerkungen zur Wirtschaftspolitik *aus Anlaß der Ökolibertären-Tagung in Schlitz vom 15. - 17. Juni 1984* von TA

113.3 a) Interview von *espero* mit Christoph Braunschweig in *espero* Nr. 75
espero: Wie konnten Die GRÜNEN mit ihrer Anti-Atom-Kampagne derart tief in Politik und Gesellschaft eindringen?

- b) Das Risiko des Betriebs vom Atomkraftwerken
Ein Kommentar dazu von Musbe in *espero* Nr. 76

113.4 Atomenergie, das Geschäft mit dem Klimawandel
und Anarchie: Freiheit – Gleichheit / TA Ende Juni 2013

113.5 Wettbewerb Ja oder Nein?
Aufklärung ist notwendig um Irritationen und Zielunsicherheiten im Wirken für eine humane Wirtschaft zu vermeiden. Von TA, 8. Juli 2013

Vorbemerkungen

Die Wahrnehmung vom politischen Zeitgeschehen ist vermutlich individuell geprägt von dem unterschiedlichen Mitempfinden, der Intelligenz, der Biographie, der Interessen und der herrschenden öffentlichen Meinung. Es ist daher kein Wunder, wenn die gleichen Ereignisse und Tatbestände von den Mitgliedern einer Gesellschaft ganz unterschiedlich gesehen werden. In einer an die Freiheit orientierten Gesellschaft ist es daher notwendig, dass die unterschiedlichen Wahrnehmungen und Ansichten in einen Dialog treten, damit sich so etwas wie eine – vorläufige – objektive Betrachtung herausbilden kann. Wichtig ist dabei, dass in diesem Prozess der Objektivierung der Ansichten nach Möglichkeit keine noch so abweichende Meinung unterdrückt wird. Denn aus dieser Unterdrückung entsteht nach meiner Einsicht erst die Gewaltbereitschaft extremer politischer Positionen. Extreme politische Positionen gehören zwar zur Normalausstattung einer politischen Gemeinschaft wie die Extremitäten (Gliedmaßen) zum menschlichen Körper, ihre Ausformung wird aber wesentlich von der politischen Mitte bestimmt. So viel weniger mittelmäßig und um so leistungsfähiger die politische Mitte im Hinblick auf die Lösung gesellschaftlicher Konflikte und problematischer Zustände ist, so viel weniger aggressiv werden die Extremisten sein. Von der extremistischen Haltung muss die radikale unterschieden werden. Da die herrschende Meinung darüber, was falsch und was richtig, was böse und gut ist, sich als Extrakt aus vielen Meinungen bildet, kann sie auch orientierungslos und fehlgeleitet werden. Es ist daher wichtig, dass radikale Positionen in den politischen Meinungsprozess eingebracht und so die ideellen Wurzeln einer Gesellschaft sichtbar gemacht werden. Zu denken ist dabei an den ursprünglichen Ideen vom Christentum, Humanismus, Liberalismus, Anarchismus, Sozialismus und andere gesellschaftsprägende Ideen. Wer an die Verankerungen der politischen Mitte erinnert und ihre Beachtung fordert, ist kein Extremist, sondern ein Radikaler, auf den keine lebendige, sich entwickelnde Gesellschaft verzichten kann. Und dafür, dass die verschiedenen Radikalen nicht einschlafen, sorgt der Neid auf den Zuspruch, den die konkurrierenden Ideen erhalten. Das Wort von Rosa Luxemburg „Freiheit ist immer Freiheit der Andersdenkenden“ ist also eine fundamentale Voraussetzung für eine Gesellschaft, die sich als eine freie versteht. Dieses Wort wird aber zur Lüge, wenn es nur zur Verteidigung der eigenen Ideen angewendet wird und andere Ideen außerhalb eines diskutierbaren Spektrums gestellt werden.

Aus einer Buchbesprechung

> Verfilzt / Nazi-Kontakte und Ideenklau: Eine neue Beuys-Biografie kratzt am Mythos des Künstlers < Besprechung des Buches "Beuys", von Hans Peter Riegel in der HAZ vom 16. Mai 2013 durch Johanna di Blasi.

Die Hannoversche Allgemeine Zeitung bringt durchaus Interessantes, auch wenn dieses nicht immer erfreulich ist. Gestern (16. 5.) bei der Morgenlektüre blieben meine Augen bei der oben genannten Rezension hängen. Ich kenne das Buch nicht, die Buchbesprechung scheint mir aber gelungen, weil sie weder einen einfachen Verriss noch eine Lobhudelei liefert.

Was mich an den PC getrieben hat, um meinen Unmut zu formulieren, sind die vom Verfasser des Buches vermittelten Aussagen und der Versuch, Joseph Beuys in die politisch rechte Ecke zu stellen. Es geht auch mal wieder um die Gründungsgeschichte der Grünen. Schon neulich las ich in der Zeitschrift *espero* - Forum für libertäre Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung (Ausgabe 75, März 2013) Anmerkungen zur Entstehung der grünen Partei, die ich nicht für richtig halte. Ich komme darauf zurück.

Schon vor der Gründung der grünen Partei - also zu Zeiten der Grünen Listen Umweltschutz und davor - stand schon für die Akteure fest, dass die gesellschaftlichen Probleme nicht mehr mit dem Links-Rechts-Schema zu beschreiben und nicht mit einer dieser umschriebenen politischen Position zu lösen sind. Folglich war die Gründung der Grünen auch keine Gründung einer linken Partei. Erst durch den Versuch der Marxisten unterschiedlicher Prägung aus den K-Gruppen - deren Mitgliedschaft in der neuen Partei von einem Teil der Gründungsmitglieder gewünscht wurde, um die 5%-Wahl-Hürde überspringen zu können, aber von einem anderen Teil aus Angst vor einer Verfälschung der Gründungsimpulse abgelehnt wurde - wurde der Prozess ausgelöst, der die GRÜNEN letztlich nicht zu einer marxistischen, sondern zu einer grünen sozialdemokratischen Partei gemacht hat. Darüber, ob das zu bedauern ist oder nicht, kann man streiten. Nur sollte bei der Beschreibung der Entwicklung etwas mehr Redlichkeit angewandt werden.¹

Viel interessanter ist die Frage, ob denn die Sozialdemokratie als gesellschaftliches Modell

¹ Aber der Wille zur Parteigründung war anfangs gar nicht so eindeutig, die Gefahr eine ganz gewöhnliche politische Partei zu werden, wurde durchaus gesehen. Eine Regierungsbeteiligung wurde anfangs auch ausgeschlossen. Das Parlament sollte als Informationsplattform dienen.

überhaupt erstrebenswert ist. Rudolf Bahro hat leidenschaftlich davor gewarnt, sich auf die SPD einzulassen. Bei der Beurteilung von Parteien geht es nicht oder nicht so sehr um die Ehrenhaftigkeit ihrer Mitglieder als vielmehr um die Wirkungen der Leitideen und ihres Handelns. Für die SPD sieht die Bilanz nicht gut aus. Und wenn man "linke" und "rechte" politische Positionen auf negative Ergebnisse hin wertet, dann ist es doch schwer, einer bestimmten Position den Vorrang einzuräumen. Garbor Steingart schreibt heute (17. 5.) in dem *Handelsblatt Morgen Briefing*:

> .. in der kommenden Woche begeht die **SPD** ihr **150. Parteijubiläum**. Ausgerechnet im Jahr des Erinnerns und Feierns ist die Sozialdemokratie vom **Burn-out-Syndrom** befallen. Sie definiert sich als **Nostalgieverein** zum Gedenken an verpasste Siege. **Zukunft** wird mit **Zumutung** übersetzt. Unsere Wochenendausgabe beschreibt den **verunglückten Wahlkampf** des Peer Steinbrück und eine Partei, die nichts mehr fürchtet als die Regierungsverantwortung. <

Ich will mit diesem Zitat nicht einseitig Partei gegen die SPD ergreifen. Ich könnte ankockend an den Aussagen von Steingart aus seinem Buch "Unser Wohlstand und seine Feinde" formulieren: Die Feinde der Marktwirtschaft sind die FDP und CDU, die sich als ihre Freunde ausgeben. Wobei gleich wieder gesagt werden muss, dass die Marktwirtschaft und der Kapitalismus zwei verschiedene Stiefel sind.

In der Besprechung von Johanna di Blasi heißt es:

> Nach Riegels Recherchen aber hielt der Künstler (Beuys TA) noch Jahrzehnte Kontakt zu braunen Kreisen und fühlte sich in der Gesellschaft als Ewiggestriger wohl. Als Beleg nennt der Autor unter anderem Beuys' Engagement für August Hausleiter und dessen "Aktionsbündnis Unabhängiger Deutscher", die später im rechten Rand der Grünen aufging. <

Zum Schluss schreibt Blasi:

> Hans Peter Riegel meint, Beuys habe okkultes Brimborium, insbesondere Rudolf Steiners Lehren, naiv geglaubt und in Werke übersetzt, die dank ihres geheimniskrämerischen Fluidums Bewunderer gefunden hätten. Allerdings sind der Visionär Steiner und der Kunstschamane Beuys zu komplexe Persönlichkeiten, um sie in ein simples Rechts-links-Schema pressen zu können, wie es Hans Peter Riegel in seinem trotzdem lesenswerten Buch versucht. <

Fest steht für mich, dass die grüne Partei und ihre Vorläufer gar nicht entstanden wären, wenn es Leute wie Beuys, Hausleiter, Freya Scholing (http://de.wikipedia.org/wiki/Freyja_Scholing), Georg Otto (http://de.wikipedia.org/wiki/Georg_Otto) und die vielen anderen Bürgerinnen und

Bürger - die in verschiedenerweise in Opposition zu der CDU-SPD-FDP-Politik standen, aber auch keinen marxistischen Gedanken anhängen - nicht gegeben hätte. Die marxistisch geprägten Linken - so gute oder schlechte Menschen wie ich oder wir anderen - hätten das Projekt grüne Partei nicht starten können, ihnen stand das Image im Weg, im Fahrwasser der DDR- und Sowjetideologie zu fahren. Der teilweise gelungene Versuch, die neue Partei nach ihren Vorstellungen umzufunktionieren, entsprach durchaus den Lehren Lenins. Anna Hallensleben bringt in ihrer Dissertation „Von der Grünen Liste zur Grünen Partei?“, 1984² aus einem Flugblatt des Kommunistischen Bundes das nachfolgende Zitat von Lenin, das bei den Gründern der grünen Vorläufer-Partei GLU berechtigte Ängste auslöste:

> Einen mächtigeren Gegner kann man nur unter größter Anspannung der Kräfte und nur dann besiegen, wenn man unbedingt aufs angelegentlichste, sorgsamste, vorsichtigste, geschickteste sowohl jeden, selbst den kleinsten ‚Riß‘ zwischen den Feinden, jeden Interessengegensatz zwischen der Bourgeoisie der verschiedenen Länder, zwischen den verschiedenen Gruppen oder Schichten der Bourgeoisie innerhalb der einzelnen Länder als auch jede, selbst die kleinste Möglichkeit ausnutzt, um einen Verbündeten unter den Massen zu gewinnen, mag das auch ein zeitweiliger, schwankender, unsicherer, unzuverlässiger, bedingter Verbündeter sein. Wer das nicht begriffen hat, der hat auch nicht einen Deut vom Marxismus und vom wissenschaftlichen modernen Sozialismus überhaupt begriffen. < A. H. Seite 98

So wenig wie man den Christen vorwerfen kann für ein Christentum nach ihren jeweiligen Vorstellungen zu werben, genauso wenig kann man den Marxisten vorwerfen, dass sie für eine ganz andere Ökonomie und Republik werben. Dieses Streben ist von der Idee der Freiheit und auch der Demokratie gedeckt. So wie bei den Christen die Grenze des Werbens vor der Zwangstaufe liegt, liegt die Grenze des Werbens der Marxisten für ihre Vorstellungen vor der Verleumdung und bewusster Missdeutung von Ideen Andersdenkender. Und diese Grenze wird häufig von ihnen überschritten.

Das Urteil von Hans Peter Riegel über Rudolf Steiner und seine Anthroposophie mit "okkultes Brimborium" wäre nur dann gerechtfertigt, wenn er sich intensiv mit dem Autor und seinem Werk auseinandergesetzt hat und seine Kritik nachvollziehbar begründen würde. Das wurde aber von di Blasi in ihrem Beitrag nicht vermittelt. Es ist aber in "linken Kreisen" üblich, ohne inhaltliche Kenntnis der Lehren nichtmarxistischer Denkungsart zu verurteilen. Es genügt diesen Kritikern als Rechtfertigung in der Regel, ein unbegründetes gedrucktes Urteil zu übernehmen. Mit gleicher Methode könnte man jeder Religion oder Weltanschauung ein

² Eine Quelle, die für diesen Themenbereich nützlich ist.

„okkultes Brimborium“ unterstellen. Ich selber erlaube mir kein Urteil über die Anthroposophie, weil ich sie inhaltlich zu wenig kenne. Ich stelle nur fest, dass diese Lehre ihre Anhänger befähigt sozial und wissenschaftlich zu arbeiten. Ohne anthroposophisch inspirierte Menschen wäre z. B. mein behinderter Sohn wohl in dem vom Schulrat bescheinigten Stadium der "Unbeschulbarkeit" verharret. Er wäre nicht mit der Anlass gewesen, die anthroposophische Martins-Schule in Hannover zu gründen,. Die Lehrerinnen und Lehrer dieser Schule haben ihm ermöglicht, anschließend eine Tvind-Schule in Dänemark zu besuchen und danach in Berlin eine schulische, kaufmännische Ausbildung zu absolvieren.

Ich habe einige Tagungen besucht, die von anthroposophisch orientierten Menschen organisiert wurden. Es ging jedes Mal um sozialökonomische, dauerhaft aktuelle Themen. Keine dieser Tagungen hatte etwas okkultes an sich. Irgendwann wurde ich in einer Gruppe gefragt, ob ich auch Anthroposoph sei. Ich habe geantwortet, ich sei mir mein eigener Rudolf Steiner. Die Aussage wurde begrüßt und fand keinen Widerspruch.

Anfang der 70er Jahre - als ich bei der Nord LB in Hannover arbeitete - wurde ich von Wilhelm Schmudt - der an der Waldorfschule Lehrer war - zu einem Vortrag von Joseph Beuys eingeladen. Danach wurde ich von Wilhelm Schmudt aufgefordert, die Diskussion mit Beuys in seiner Wohnung weiterzuführen. Mir war nicht klar, wie ich zu dieser Ehre kam, aber ich hatte damals auch keine Ahnung von dem öffentlichen Bekanntheitsgrad und der Bedeutung von Joseph Beuys. Für mich war er nur einer von vielen Menschen, die Interessantes zu berichten wussten. Auch war mein Kontakt zu Wilhelm Schmudt zu flüchtig, um mehr über ihn zu wissen. Erst jetzt, als ich ein Buch von ihm suchte und nicht fand, habe ich im Internet nachgeschaut. Wer den Text hinter dem folgenden Link liest, kann einmal mehr feststellen, wie komplex Lebensläufe und ihre Entwicklung sein können.

<http://biographien.kulturimpuls.org/detail.php?&id=1131>

Aus einem Interview

Nun – wie angekündigt – zu einem Urteil über die Grünen in *espero* – *Forum für libertäre Gesellschafts – und Wirtschaftsordnung* www.espero-versand.net .

In einem Interview von *espero* mit Christoph Braunschweig (Er ist Prof. der Staatl. Wirt-

schaftuniversität Jekaterinenburg, siehe <http://www.christoph-braunschweig.de/> .) heißt es auf die Frage: „Wie konnten Die GRÜNEN mit ihrer Antiatom-Kampagne derart tief in Politik und Gesellschaft eindringen?“ antwortet Braunschweig:

> Erstens haben die GRÜNEN ihre eigentlichen gesellschaftspolitischen Ziele aus taktischen Gründen bewusst auf die Themen Atomkraft und Umwelt beschränkt – damit allerdings zwei emotional aufgeladene Themen ausgewählt, die es ihnen ermöglichten, erfolgreich ins politische Geschäft zu kommen. Angstmache und Pseudomoral sind die erfolgreichen politischen Waffen der GRÜNEN. Zweitens fiel ihnen das Thema „Tschernobyl“ genau zum richtigen Zeitpunkt wie ein großes Geschenk in den Schoß. Wer erinnert sich nicht an die damalige Berichterstattung in den Medien, die selbst kühlen Köpfen den Angstschweiß ins Gesicht trieb. Die Wahrheit über den Reaktorunfall in Tschernobyl haben die Menschen bis heute nicht erfahren. < (Espero Nr. 75, S.5)

Zu Tschernobyl fand ich im Netz folgendes Zitat:

> Die Atomkatastrophe in Tschernobyl - auch daran darf ich erinnern - wurde damals nicht etwa als gefährlicher Reaktorunfall angesehen, der uns zum Umdenken zwingt, sondern als Betriebsunfall eines verlotterten Sowjetkommunismus. <

Frank Walter Steinmeier lt. Plenarprotokoll 17/114 Deutscher Bundestag
Stenografischer Bericht

<http://www.bundestag.de/dokumente/protokolle/plenarprotokolle/plenarprotokolle/17114.txt>

Meine eigene Stellung zur Energiepolitik von damals ist nachzulesen in dem

>Denk-Zettel zur Energiepolitik / Erstellt im September 1977 für den Landesfachausschuß
Wirtschaft der niedersächsischen F.D.P. <

<http://www.tristan-abomeit.de/pdf/13.2%20Die%20Bedrohung%20...%20S.%2031-39.pdf>

aus der Textreihe:

> die Bedrohung der Demokratie kommt aus der politischen Mitte,
aus dem Bundestag! <

<http://www.tristan-abomeit.de/pdf/13.0%20Die%20Bedrohung%20...%20Inhalt%20u.%20Anschreiben%20BT.pdf>

espero - ich vermute Uwe Timm - fragt weiter: Was ist die Wahrheit über „Tschernobyl“?
Braunschweig antwortet:

> Es wurde konsequent verschwiegen, dass es sich bei dem dortigen RBMK-Reaktortyp um ein völlig anderes Bau- und Funktionsprinzip handelt als bei praktisch allen übrigen weltweit existierenden Kernkraftwerken, speziell in der westlichen Welt.

RBMK-Reaktortypen dienten in erster Linie zur Plutoniumgewinnung für Atomwaffen und nur nebenbei zur Stromerzeugung, was die Sowjetunion natürlich geheim halten wollte, so dass zum Beispiel die damaligen Rettungsmaßnahmen erst viel zu spät ergriffen wurden. ... <

Auch wenn Christoph Braunschweig als Bankkaufmann, Dipl.-Kfm. und als Professor einer Wirtschaftsuniversität ein sachliches Urteil über die Risiken von Atomkraftwerken zuzutrauen

ist. Es gab und gibt andere Urteile von Kennern der Atomenergie, die die andersartigen AKWs als die von Tschernobyl in der Welt anders beurteilen. Ich kann mich noch an Stimmen aus den 50er Jahren erinnern, die eindeutig die Atombombe verurteilten, aber Hoffnung auf die Atomenergie setzten. Die Kritik an der Atomenergie ist langsam gewachsen, bei manchen Zeitgenossen verband sie sich mit lebensreformerischen Ansichten und bei anderen allgemein mit den Umweltschutzgedanken, an ökonomischen oder demokratischen Unzulänglichkeiten. Aber die Kritik an der Atomenergie entfaltete sich doch auch innerhalb der Fachleute ohne mit politischen oder reformerischen Ideen verknüpft zu werden. Es kann sein, dass marxistische Linke das Thema Atomenergie für ihre politischen Zwecke instrumentalisiert haben, die Antiatombewegung war nach meiner Einschätzung aber zur Zeit des Entstehungsprozesses der grünen Partei nicht marxistisch oder links geprägt oder gar dominiert.

Ich selber verstehe nicht viel von den Gefahren der Atomenergie. Meine Ablehnung erfolgt aus einer einfachen Erkenntnis, aus einer einfachen Stellung zum risikoreichen Handeln: Das Risiko einer Technik oder das Risiko des Handelns muss auf die Anwender beschränkt bleiben. Wenn die Besatzung eines Segelschiffes in früheren Zeiten zu einer Expedition aufbrach, so war das ganz ihre Sache und die der Eigentümer und bedrohte nicht die Existenz der „Landratten“. Dem Risiko des Todes oder des Verlustes des Schiffes stand der Gewinn an Reichtum und Ruhm gegenüber. Die damalige Situation ist aber schon anders zu bewerten, wenn Teile der Mannschaft changhai, also gegen ihren Willen beteiligt wurden. Da das Risiko der Atomenergie nicht auf die Anwender begrenzt werden kann, aber die Unversehrtheit unzähliger Menschen bedroht, ohne die Selektion jener vornehmen zu können, die sich freiwillig dem Risiko aussetzen wollen, kann diese Anwendung auch nicht ohne Sabotage grundlegender Menschenrechte demokratisch beschlossen werden. Übersehen wird auch bei der Befürwortung der Anwendung von Atomenergie, die Lagerung der Rückstände der Atomenergiegewinnung. Und ich habe noch von keinem Atomenergiebefürworter gehört, der gerne die strahlenden Rückstände in den Castoren in seiner Nähe gelagert haben möchte.

Nun noch zu dem Vorwurf, die GRÜNEN benutzen die Angstmache und Pseudomoral als politische Waffe. Für diese Vorwürfe wird man sich bei genauer Betrachtung Bestätigungen finden. Man findet solche Gründe aber genauso bei den anderen Parteien. Hier drängen sich gleich andere Fragen auf. Sind politische Parteien überhaupt geeignete Instrumente, gesellschaftliche Probleme zu lösen? Wenn es eine Pseudomoral gibt, wie müsste eine richtige oder

eindeutig gültige aussehen, wer sollte sie formulieren und wie wäre sie – da sie ja kein Gesetz auf der Basis des Gewaltmonopols ist – in die Köpfe und Herzen der Menschen zu verankern. Außerdem hat es je eine Zeit gegeben, in der die Menschen einer Gesellschaft keine Angst vor irgend etwas gehabt hätten, die nicht instrumentalisiert wurde? Zum Beispiel der ganze Militär- und Rüstungskomplex mit seinen Kosten und Freiheitseinschränkungen kann doch nur aufrecht erhalten werden, weil die Angst über das natürliche Maß hinaus geschürt wird. Der Verteidigungsminister Thomas de Maizière würde wegen der Panne mit dem milliardenschweren Drohnen-Projekt „Euro Hawk“, die dem Steuerzahler einen Schaden in Höhe von einer dreistelligen Millionen verursachen soll, sicher auf der Stelle in die Wüste geschickt, wenn das Geschäft mit der Angst nicht so gut funktionieren würde. Wer hat schon mal einen Versicherungsvertreter erlebt, der nicht – auch nicht verdeckt – die Angst seiner Kunden gekitzelt hat, um zum Abschluss eines Vertrages zu kommen. Unabhängig vom Missbrauch der Angst gehört sie wie der Mut und die Lebensbejahung als Antriebskräfte zum Menschen. Die Angst ist die Bremse vor dem Übermut und eine ständige Mahnung zur Abwägung der Risiken. Es ist die Aufgabe der Aufklärung, der Angstpropaganda die Krallen zu stutzen.

Die Ablehnung der Atomenergie war sicher ein verbindendes Glied unter den verschiedenen Strömungen in der grünen Bewegung, sie war meiner Erinnerung nach aber nicht das zentrale Thema. Die politischen Anliegen der grünen Bewegung waren vielfältig, so dass der Vorwurf, DIE GRÜNEN seien eine Ein-Punkte-Partei, nie gestimmt hat. Aber sicher ist es so, dass in dem schwierigen und für die Mitglieder oft schmerzlichen Entwicklungsprozess – der viele Enttäuschte und Resignierte produziert hat - eine thematische Verengung und eine Angleichung an die Themen der Alt-Parteien gegeben hat.

Marxistisch und sozialdemokratisch orientierte Mitglieder der GRÜNEN der ersten Jahren haben wegen grüner Inhalte, die ihrem traditionellen Denken widersprachen, sicher oft Bauchschmerzen gehabt. Die freiwirtschaftliche Gründungsgruppe, die ihre Signalfarbe grün in die Bewegung und Partei einbrachte, waren den „Linken“ vom Beginn ihrer Mitwirkung an ein Dorn im Auge, weil sie ihr Kapitalismusanalysemonopol in Frage stellten und weil sie eindeutig antikapitalistisch aber pro marktwirtschaftlich eingestellt waren. Die Inhalte dieser Gruppe können nachgelesen werden in der Broschüre: „Der Dritte Weg – Die natürliche Wirtschaftsordnung (NWO) – ein programmatischer Beitrag für die grüne Bewegung – erstellt zum Programmkongreß der GRÜNEN im März 1980 in Saarbrücken“ von Tristan Abromeit.

Die Mitglieder dieser Gruppe waren zahlenmäßig zu schwach, um sich unter den Nur-Ökologen ein ausreichendes Gehör zu verschaffen und um sich gegen Etatisten durchzusetzen. Aber es gab lebendige Gruppen, die für die Bildungsfreiheit kämpften. Die Parlamente der Betroffenen, die gefordert wurden, wären bei einer weiteren Beschäftigung mit ihr auf die privatrechtlichen Assoziationen von Proudhon hinausgelaufen. Und es gab auch die Gruppe der Ökolibertären, zu der ich gleich noch etwas sagen werde.

Es gibt bestimmt keine endgültige Ausformung einer menschlichen Gesellschaft. Von Diktaturen ist bekannt, dass sie diesen Prozess durch eine Ideologie einfrieren wollen. Aber auch mächtige Minderheiten in mehr oder weniger demokratisch geprägte Gesellschaften haben die Neigung, diesen Entwicklungsprozess zu ihrem materiellen oder ideellen Gunsten zu lenken und die verschiedenen Kräfte nicht auspendeln zu lassen. Die Soziale Marktwirtschaft wurde nie ausformuliert und schon bald nach ihrer ersten Propagierung als verschleiender Mantel sowohl für den Etatismus wie auch für den Kapitalismus verwendet. Die ökonomischen Verwerfungen mit Arbeitslosigkeit und Vermögenskonzentration und der ideologischen Frontstellung gegen den kommunistischen Osten machte eine Politik gegen die etablierten Parteien oder gegen ihren Kurs notwendig. Da es aber kein wirklich freies Bildungswesen und keine offene Diskussionen über freiheitliche Gesellschaftsmodelle gab, die gleichzeitig als sozial bezeichnet werden konnten, war der Rückgriff vieler kluger und mutige Köpfe auf den Marxismus, der ja noch als Frontkämpfer gegen Kaiser und Kapital in Erinnerung war, eine ganz natürliche Sache. Der Eiserner Vorhang verhinderte zudem, dass die Lehre an den Ergebnissen vor Ort gemessen werden konnten. Und wo dies vereinzelt doch geschah, wurden die Missstände als Ergebnis der Bedrohung und Behinderung durch den Kapitalismus umgedeutet. Die relative Stärke des linken Denkens ist also in der Schwäche des freiheitlichen Denkens begründet. Der Irrtum von Liberalen und Libertären besteht darin, dass sie glauben Freiheit, und Marktwirtschaft – die sich gegenseitig bedingen – würden sich von selbst entwickeln, wenn der Staat sich zurückzöge. Das ist offensichtlich ein Irrtum. Die Marktwirtschaft muss genauso geplant – im Sinne von gestaltet – werden wie die Zentralverwaltungswirtschaft. Primitive Formen von Marktwirtschaft stellen sich zwar von selber ein, wenn sie nicht verhindert werden, aber Marktwirtschaften, die nicht als Kapitalismus mit dem Charakter von Raubtieren oder als Stamokap (staatsmonopolistischer Kapitalismus) enden sollen, bedürfen einer intelli-

genten Gestaltung. Der moderne Neoliberalismus war eine Torpedierung dieser Gestaltungsnotwendigkeit. Und die Liberalen und Libertären verharren in einem Gefühlsliberalismus und wundern sich über die mageren Ergebnisse. Sie machen die „Linken“ für die schlechten Ergebnisse verantwortlich wie die Linken während der Zeit des Eisernen Vorhanges die „Rechten“ für die Schwächen der Realität ihres „Sozialismus“ verantwortlich machten. Es ist also kein Wunder, wenn die Menschen keinen Mut zur Freiheit entwickeln und sich lieber Sicherheit versprechenden Ideen unterwerfen.

Als ich jetzt im Zusammenhang mit der Entstehung dieses Textes meinen Ordner Ökolibertäre aufschlug, um meine Erinnerungen aufzufrischen, entdeckte ich in meinem Schreiben vom Oktober 1984 an die Redakteurin der ökolibertären Zeitschrift *Politische Ökologie* von mir unter N.S. „Sprüche für die Textauflockerung“:

> Die Markt- oder Verkehrswirtschaft ist etwas, was schwer zu beschreiben, aber leicht zu handhaben ist.

Die Zentralverwaltungs- oder Komandowirtschaft ist etwas, was leicht zu beschreiben, aber nur schwer zu handhaben ist.

Der Markt ist die Möglichkeit die Wirtschaftssubjekte ohne ein System der Herrschaft kooperieren zu lassen.

Der Kapitalismus ist die Möglichkeit aufgrund von natürlichen und künstlichen Monopolen arbeitsloses Einkommen zu beziehen und dieses aufgrund des Zinsmechanismus zu akkumulieren. <

Die Ökolibertären in den GRÜNEN waren wesentlich zahlreicher als die Freiwirtschaftler, die sich auch Sozialliberale nannten oder als Vertreter des Dritten Weges NWO verstanden. Daneben gab es auch die Aktionsgemeinschaft Dritter Weg – A3W - ³, die ihr Zentrum in Achberg, im Tagungszentrum Humboldt-Haus hatten bzw. noch haben. Auf der Startseite der Internetpräsentation des Tagungszentrums steht:

> Der Namenspatron unserer Tagungsstätte ist Wilhelm von Humboldt. Dieser bedeutende Geist der Goethezeit hat in seinen »Ideen zu einem Versuch, die Grenzen der Wirksamkeit des Staates zu bestimmen«, einen zukunftsweisenden, sehr aktuellen Keim für die Sozialgestaltungen des selbstverantwortlich tätigen Menschen gelegt. <

<http://www.kulturzentrum-achberg.de/>

Der führende Kopf in Achberg war Wilfried Heidt, dort bestanden auch Querverbindungen zu Joseph Beuys. Es gab zwischen den freiheitlichen Gruppen in den GRÜNEN fließende Übergänge.

3 Verwirrenderweise hat Georg Otto für seine Zeitschrift „Alternativen“ und Aktivitäten die Bezeichnung A3W übernommen. <http://www.alternativen.biz>

Die Ökolibertären gehörten als Gruppe letztlich auch zu den Verlierern, auch wenn das Mitglied dieser Gruppe, Winfried Kretschmann, erster grüner Ministerpräsident wurde. In der Vorbemerkung einer 104 Seiten umfassenden Schrift mit dem Titel > Systemopposition oder Volkspartei – Gedanken zu Demokratie, Privatheit und Wirtschaft < (o.J.) der Ökolibertären Grünen heißt es:

> Noch gibt es in dieser Partei den – zumeist unbewußten – Hang zum Rückgriff auf traditionelle Vorstellungen und Muster von Politik. Wir halten aber die GRÜNEN, für Vorboten eines gesellschaftlichen Umbruchprozesses, der sich in alten (auch sozialistischen) Politiken nicht mehr sinnvoll ausdrücken läßt. Wir sehen unsere Aufgabe vor allem darin, zur Klärung der politischen Perspektiven der GRÜNEN beizutragen. <

Impressum: Herausgeber: ÖKOLIBERTÄRE GRÜNE c/o Ernst Holitschek, Berlin

In dem Informationsblatt > **Einigkeit und Grün und Freiheit Ökolibertäre Grüne Gründungserklärung** <, das unter der Textziffer 113.2 in der eingescannten Originalfassung wiedergegeben wird, heißt es einleitend:

> Der folgende Text ist die - am 26. Februar 1984 in Barendorf verabschiedete - Gründungserklärung einer politischen Strömung innerhalb und außerhalb der grünen Partei. Sie trägt den vorläufigen Namen >Ökolibertäre GRÜNE< und entstand als Reaktion auf den galoppierenden Verfallsprozeß der grünen Partei, die immer mehr Gefahr läuft, zu einer antiquierten sozialistischen Szenepartei ohne Bezug zu dem zu werden, was die eigentliche Bewegungskraft dieser Partei war und noch ist. Die >Ökolibertären GRÜNEN< möchten u. a. dazu beitragen, daß diese Partei wieder grüner wird.

Wir begreifen uns als Strömung, die einer freiheitlichen ökologischen Politik zu theoretischen und praktischen Perspektiven verhelfen will. Wir werden innerhalb wie außerhalb der grünen Partei Initiativen ergreifen. Im Folgenden möchten wir die Gründe für unsere Organisation und unsere politischen Vorstellungen darlegen. Entwürfe zu konkreten und aktuellen politischen Problemen werden folgen. <

Es ist auch nützlich die Namen der Erstunterzeichner zu lesen. Siehe auch den Beitrag zu den Ökolibertären in Wikipedia.

<http://de.wikipedia.org/wiki/%C3%96kolibert%C3%A4re>

In der Ablage Ökolibertäre fand ich auch einen Text von mir mit dem Titel:

> Anmerkungen zur Wirtschaftspolitik aus Anlass der Ökolibertären-Tagung in Schlitz vom 15. - 17. Juni 1984. > Ich habe den Text eingescannt und in die Datei mit der Textziffer 13.2 eingefügt. ⁴

⁴ In Schlitz wohnt heute nicht nur eine Tochter von mir mit Ihrer Familie, sondern auch die Schriftstellerin Gudrun Pausewang, Autoren des erfolgreichen Buches *Die Wolke*, das verfilmt wurde.
http://de.wikipedia.org/wiki/Die_Wolke . Pausewangs Eltern hatten einen freiwirtschaftlichen Hintergrund.

Insgesamt kann gesagt werden, dass die heutige Partei Bündnis 90 DIE GRÜNEN nicht das Ziel der Gründer war. Das Ergebnis ist auch nicht die Folge eines fairen Wettbewerbs der unterschiedlichen Strömungen in der Partei, sondern der taktischen Überlegenheit der K-Gruppen-Mitglieder, dem Satzungsverrat, der unfairen Verteilung der Parteigelder und auch den Verleumdungen zuzuschreiben. Dass die K-Gruppen-Mitglieder letztlich auch Verlierer waren, haben sie verdient. Die Parteigrößen Joschka Fischer und Jürgen Trittin sind keine Pioniere der grünen Partei, sondern tüchtige und geschickte Zeitgenossen, die die Chance nutzen, auf den schon fahrenden Zug aufzuspringen.

Diese Aussagen sind kein Versuch, die heutigen Mitglieder und Aktivisten der grünen Partei abzuwerten, ihr Engagement ist und bleibt positiv zu werten, wenn unter ihnen vermutlich auch mehr politische Konjunkturritter sind als in der Gründungszeit. Die Mitarbeit in einer Partei – egal in welcher – ist kein Vergnügen. Was heute zu kritisieren ist, ist – jedenfalls nach meinem Eindruck – die Tatsache, dass es der grünen Partei nicht, nicht mehr oder nicht ausreichend genug um die freiheitliche Gestaltung der Gesellschaft geht, in der die Lösung der sozialen Probleme nicht zu einem Instrument der Beherrschung der Individuen verkommt. Die Politik der Grünen ist heute wie die der konkurrierenden Parteien von Tageseinfällen und zu sehr von Machterhaltung und -entfaltung – vor allem der Führungsmannschaft - bestimmt. Die Grünen sind Mitglied eines politischen Kartells geworden, das sie sich vorgenommen hatten aufzulösen. TA

Siehe: *Rosinkawiese – Alternatives Leben in den zwanziger Jahren.*